



BERLININFO

NR. 5

18. März 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

Was für ein Sonntag! Sicher haben wir alle auf ein besseres Ergebnis gehofft. Ja, wir haben im nördlichen RLP noch recht gut abgeschnitten. Ich finde aber, das darf kein Grund sein, einfach weiter zu machen wie bisher. Mich bedrückt, dass auch bei uns Menschen sagen: "die da oben interessieren sich nicht für uns", "die wissen nicht, was wir hier denken", "die haben keine Ahnung", "das sind ja nur Mitläufer", "denen geht's nur um ihr Geld und nicht um uns oder das Land", "für mich tun die nix", ...

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

So viel gegenseitige Unkenntnis trotz Infoständen, Sprechstunden, Besuchen, Veranstaltungen, Pressemitteilungen, Internetauftritten und dem Bespielen der sozialen Netzwerke. Das alles scheint nicht auszureichen. Deshalb - wir müssen neue Wege finden, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich bin am Anfang meiner Überlegungen, gerne berichte ich weiter darüber und gerne nehme ich auch Ihre Anregungen auf. Denn - nur gemeinsam schaffen wir das.

Ihre

Mein Team und ich
wünschen Ihnen ein
frohes Osterfest!



Zu Gast bei Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Am Donnerstag haben wir mit der Gruppe der Frauen die Bundeskanzlerin zu einem Abendessen im Bundeskanzleramt besucht. In dem vertraulichen Gespräch ging es um die zurückliegenden Landtagswahlen, die Flüchtlingsthematik und die anstehende Bundestagswahl in 2017. Es war ein sehr angenehmes Gespräch und wir konnten einige wichtige Hintergrundinformationen von unserer Bundeskanzlerin erhalten.



Bundesverkehrswegeplan: Ahrquerung im vordringlichen Bedarf

Ich begrüße die Einstufung der Ortsumgehung Lohrsdorf im Zuge der Bundesstraße 266 in den vordringlichen Bedarf (VB) des neuen Bundesverkehrswegeplanes, der jetzt von Verkehrsminister Alexander Dobrindt im Entwurf vorgestellt wurde. Die vierspurig vorgesehene Maßnahme ist dort als „Ahrquerung B 266“ gekennzeichnet. Ich bin sehr zufrieden hiermit, hatte ich doch schon im Jahr 2014 den Bundesverkehrsminister um Prüfung der Maßnahme gebeten, was dieser auch zugesagt hatte. Die rot-grüne Landesregierung in Mainz hatte sich zuvor beharrlich geweigert, die Maßnahme beim Bund für den neuen Verkehrswegeplan anzumelden. Die „Ahrquerung“ befindet sich im Stadium der Vorplanung und soll nach heutigen Schätzungen 2,4 Kilometer lang sein und etwa 74 Millionen Euro kosten. Dem Projekt wird auch eine hohe städtebauliche Bedeutung zugesprochen, worunter insbesondere Ortsumgehungen gefasst werden, durch die bebaute Bereiche entlastet werden und damit die Wohn- und Lebensqualität deutlich verbessert wird. Die Maßnahme hat mit der ersten Bewertung des Bundesministeriums für Ver-



kehr und digitale Infrastruktur schon eine sehr große Hürde genommen. Die Bewertung 'VB' heißt, dass das Projekt nach fachlicher Bewertung verkehrspolitisch sehr wichtig ist. Im Bundesverkehrswegeplan vordringlich aufgenommen wurde auch der weitere Lückenschluss der Autobahn 1 zwischen den Anschlussstellen Adenau und Lommersdorf in einer Länge von 3,7 Kilometern. Berücksichtigt wurde ebenfalls die Erweiterung der Autobahn 61 zwischen dem Autobahndreieck Sinzig und der Anschlussstelle Mendig auf sechs Fahrstreifen.

Hassan Maanna: Mein Praktikum im Deutschen Bundestag

Mein Name ist Hassan Maanna, ich bin 21 Jahre alt und studiere im 5. Semester Jura an der Universität Hannover. Auf das Praktikum bin ich durch einen befreundeten Studenten aus Hannover gekommen, dieser absolvierte vor mittlerweile 2 Jahren sein Praktikum im Bundestag und berichtete nur Gutes. Sodass ich mir vornahm ein 6-wöchiges Praktikum in Berlin zu absolvieren, was schließlich auch möglich geworden ist. Es fasziniert mich sehr einen intensiven Blick in die Praxis der Politik werfen zu können und die Prozesse nicht immer nur von außen betrachten zu müssen. Von den Arbeitsgruppen (AG's) bis zu Plenarsitzungen darf ich hautnah dabei sein und die Debatten verfolgen. Hierbei sind die verschiedenen Blickwinkel auf die Thematiken für mich äußerst spannend. Gerade



die Ausschusssitzungen für Recht und Verbraucherschutz empfand ich, wahrscheinlich belastet durch mein Studium, als sehr interessant. Ich gewann bisher viele Eindrücke und besonders den Prozess zwischen den ersten Gedanken eines Gesetzes und dessen Umsetzung finde ich bemerkenswert. Zudem durfte ich im Rahmen des CDU/CSU-Praktikantenprogramms an vielen Diskussionsrunden, unter anderem mit Herrn Finanzminister Wolfgang Schäuble und Herrn Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, teilnehmen. Darüber hinaus konnte ich viele externe Veranstaltungen besuchen und habe hierdurch einen Einblick in verschiedene Themenfelder bekommen. Die Arbeit im Büro ist keinesfalls langweilig, hier kann ich Recherchen in verschiedenen Kategorien durchführen und muss Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Die Arbeitsatmosphäre war super, sodass ich morgens immer gerne ins Büro gegangen bin. Sehr positiv ist mir auch aufgefallen, dass Frau Heil trotz der anstrengenden Sitzungswochen immer gut gelaunt und stets mit einem Lächeln ins Büro kam. Alles in Allem hatte ich eine sehr schöne Zeit in Berlin. Ich durfte tiefgehende Einblicke in die Praxis der Politik erhalten. Zu guter Letzt möchte ich mich noch für das abwechslungsreiche und lehrreiche Praktikum bei Frau Heil, Herrn Becker, Herrn Schuberth und Frau Herrgen bedanken.

Verbandsgemeinde Adenau bleibt bei uns im Bundestagswahlkreis

Der Bundestagswahlkreis 199 „Ahrweiler“ wird in seinem Zuschnitt unverändert bleiben. Vom Tisch ist die im Februar 2015 vorgeschlagene Änderung des Bundeswahlgesetzes mit der vorgesehenen Herausnahme der Verbandsgemeinde Adenau. Planvarianten der sogenannten Wahlkreiskommission sahen vor, die Verbandsgemeinde Adenau dem benachbarten Bundestagswahlkreis 203 (Bitburg) zuzuschlagen, weil dieser zu wenige Einwohner hat. Zum Hintergrund: die Wahlkreiskommission des Bundeswahlleiters hatte mit ihrem Vorschlag, mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 Adenau dem Nachbarwahlkreis 203 „Bitburg“ zuzuschlagen, im letzten Jahr erneut für viel Unruhe im Kreis Ahrweiler und dem Teilkreis Mayen-Koblenz gesorgt. Gemeinsam mit der CDU vor Ort hatte ich diese Pläne sofort strikt zurückgewiesen. Die politische Einheit von Kreispolitik, Landespolitik und Bundespolitik wäre bei einer Abweichung des Bundestagswahlkreises von den politischen Landkreisgrenzen dahin gewesen. Gemeinsam mit der CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz im Deutschen Bundestag habe ich mich dann im Gesetzgebungsverfahren zum Bundeswahlgesetz dafür eingesetzt, dass diese Pläne keine Umsetzung fanden. Eine Änderung wird es für die Bürgerinnen und Bürger des Wahlkreises jedoch geben: unsere Wahlkreisnummer ändert sich von 199 auf 198, da in Thüringen ein ganzer Bundestagswahlkreis wegfallen wird.

TTIP

Am Mittwoch habe ich mir im Leseraum die Verhandlungsdokumente zu TTIP angeschaut. Ich fand es sehr interessant, dass zum Beispiel jedes einzelne Produkt aufgeführt wird, auf das Zölle entfallen sollen. Dabei geht es unter anderem um Autos, Chemikalien, Obst oder Gemüse. So ist es in vielen Fällen vorgesehen, dass die Zölle komplett oder sehr stark eingeschränkt werden sollen, was die Verbraucher positiv in den Produktpreisen merken dürften. Ein Knackpunkt ist aktuell sicherlich noch die strittige Schiedsgerichtbarkeit. Mit Kanada hat man im Rahmen der CETA-Verhandlungen einen guten Kompromiss gefunden. Hier ist es vorgesehen, dass die Verhandlungspartner die Richter an einen eigens eingerichteten Handelsgerichtshof entsenden sollen. Ein ähnliches Ergebnis wünsche ich mir auch bei TTIP. Denn am Ende der Verhandlungen muss klar erkennbar sein, dass die Ergebnisse unser hohes Schutzniveau nicht gefährden. Dafür setze ich mich ein.



Ein bitterer Sonntag

Die drei Landtagswahlen am vergangenen Sonntag haben für die etablierten Parteien fast überall herbe Verluste gebracht. Wir freuen uns, dass die CDU mit Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt weiterhin den Ministerpräsidenten stellen kann. Aber ganz ohne Frage hat das Flüchtlingsthema den Wahlausgang deutlich beeinflusst.

Der Protest, der sich aus Angst und Sorgen der Bürger speist, hat zum Erstarken einer Partei beigetragen, die das Gegenteil unserer Überzeugungen vertritt. Die Antwort darauf muss lauten, die Flüchtlingsproblematik konse-

quent und vor allen Dingen dauerhaft zu lösen. Der beste und einzig nachhaltige Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist eine europäische Lösung. Hierfür ist die Grundlage in den vergangenen Monaten gelegt worden.

Wir sind nun noch deutlicher gefragt, dass wir uns jetzt auf unsere Stärken besinnen. Die Menschen in Deutschland wollen keinen Streit in der Unions-Familie, sondern sie erwarten zurecht ein entschlossenes und einiges Vorgehen.

Unsere Kernkompetenzen sind gefragt – wir müssen und können beweisen, dass wir kompromisslos für die innere Sicherheit und

für eine realistische Integration auf Zeit stehen, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen um den Wert der Religionsfreiheit, wir lehnen aber Parallelgesellschaften, die im Schatten falsch verstandener Toleranz entstehen, ab. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und die „Schwarze Null“. Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen, um Deutschland als Innovationsmaschine zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Während die Landesverbände nun bei der Bildung von neuen Landesregierungen mitwirken, ist

es an uns in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unsere Verantwortung für die gesamte Union ernst zu nehmen.

Europäischer Rat am 17./18. März in Brüssel

Der Europäische Rat wird über weitere Schritte in der Migrations- und Flüchtlingspolitik beraten. Ratspräsident Tusk wurde in der Schlusserklärung vom 7. März beauftragt, die mit der Türkei besprochenen Vorschläge weiter voranzubringen und die Einzelheiten mit der Türkei auszuarbei-

ten. Der Europäische Rat wird über diese Fortschritte beraten und hierzu am 18. März auch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu zusammentreffen.

Nur durch eine Kooperation aller europäischen Partner kann es gelingen, insbesondere Griechenland zu entlasten und gleichzeitig den ungeordneten Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern. Das Angebot der türkischen Regierung, im Rahmen einer Rücknahmegarantie ein geordnetes Übernahmeverfahren für syrische Flüchtlinge einzurichten, wird insbesondere vor dem Hintergrund der geforderten Gegenleis-

tungen sorgsam zu prüfen sein. Alle Wünsche der Türkei werden wir sicher nicht erfüllen können.

Wenn der Europäische Rat sich verständigt, entsteht dadurch eine nachhaltige Lösung für alle 28 Mitglieder der EU. Das Problem werden wir auf Dauer nicht damit lösen, dass einzelne Staaten Entscheidungen jeweils für sich treffen. Außerdem geht es, wie immer bei Europäischen Räten im März - um die wirtschaftspolitischen Prioritäten, und es steht die im Frühjahr übliche Befassung mit den länderspezifischen Empfehlungen an.

Daten und Fakten

Lohnungleichheit steigt seit 2010 nicht mehr. Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Prof. Dr. Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Der Trendbruch erfolgte also nicht erst mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im letzten Jahr, sondern bereits ein halbes Jahrzehnt zuvor. Erhielten Spitzenverdiener zu Beginn der 90er Jahre etwa doppelt so viel wie Personen mit niedrigem Einkommen, stieg der Unterschied ab 1995, also acht Jahre vor den Hartz-Reformen, bis 2010 etwa auf das Zweieinhalb- bis Dreifache an. Dies betraf Frauen und Männer in Ost und West gleichermaßen. Vor allem Hochqualifizierte mit Berufserfahrung wurden begünstigt, während die Geringqualifizierten auf der Verliererseite standen. Seit 2010 stagnieren die Werte der Lohnungleichheit bei westdeutschen Männern, bei Frauen und ostdeutschen Männern sind sie sogar leicht rückläufig. Insbesondere die Entlohnungsunterschiede zwischen Firmen nehmen seither nicht mehr zu. Die Forschungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass dies auf die Einführung der branchenspezifischen Mindestlöhne zurückgeführt werden kann. Das geänderte Arbeitnehmer-Entsendegesetz trat 2009 in Kraft. **(Quelle: IAB Discussion-Paper 9/2016)**

Passagierzahl auf Rekordhoch. Im Jahr 2015 flogen insgesamt 85,1 Millionen Personen von deutschen Flughäfen in das Ausland – eine Steigerung von +3,5 Millionen Fluggästen im Vergleich zum Jahr 2014. Damit setzt sich der seit dem Jahr 2010 zu beobachtende Wachstumstrend fort: 2015 lag die Zuwachsrate bei Flugreisen in das Ausland bei 4,3 Prozent. In den Vorjahren lag diese bei 3,4 Prozent und 2,0 Prozent. Etwa 75 Prozent der Auslandsflugreisen hatten im Jahr 2015 europäische Flughäfen zum Ziel (63,4 Millionen Passagiere). Auch Amerika ist mit 9 Millionen Fluggästen eines der beliebtesten Reiseziele (+2,3 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014). Ein signifikant hoher Anstieg der Fluggastzahlen lässt sich bei Flügen nach Asien konstatieren: Mit einem Zuwachs von +8,1 Prozent flogen 2015 erstmals mehr Personen nach Asien als nach Amerika. Der internationale Terrorismus lässt dabei auch die Tourismusbranche nicht kalt: Einen besonders starken Rückgang der Fluggastzahlen verzeichnet dabei Tunesien (-35,6 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Europäische Banken stocken Eigenkapital auf. Im Zuge der verschärften Vorschriften nach der Finanzkrise haben die Geldhäuser im Euroraum ihre Eigenkapitalbasis deutlich aufgestockt. Verfügten diese vor Beginn der Bankenkrise im Jahr 2007 über ein durchschnittliches risikogewichtetes Eigenkapital von 7,7 Prozent, stieg der Anteil bis zum Jahr 2014 deutlich auf 13,6 Prozent an. Ein großer Teil (80 Prozent) der Banken verfügt dabei über einen Eigenkapitalanteil von 10,9 bis 18,2 Prozent. 2007 lag diese Spanne noch zwischen 6,3 und 10,4 Prozent.

(Quelle: IW Köln)